

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Katja Hessel, Till Mansmann, Grigorios Aggelidis, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Daniel Föst, Otto Fricke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Torsten Herbst, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Karsten Klein, Dr. Martin Neumann, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Auswirkungen der Greensill-Bank-Krise auf öffentliche Einrichtungen

Nach Presseberichten haben mehrere öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sowie mehrere Städte und Gemeinden bei der Greensill Bank Gelder angelegt (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ndr-swr-und-sr-oeffentlich-rechtliche-sender-haben-bei-skandalbank-greensill-investiert-a-9ca1add-dcc3-44d3-b763-46d6a88dd71b>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten bei der Greensill Bank Gelder angelegt haben?
 - a) Wenn ja, in welcher Höhe?
 - b) Sind alle entsprechenden Einlagen nach Kenntnis der Bundesregierung von der gesetzlichen bzw. privaten Einlagensicherung gedeckt?
 - c) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass Einlagen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei der Greensill Bank nicht mehr ausgezahlt werden könnten?
2. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie viele Städte und Gemeinden bei der Greensill Bank Gelder angelegt haben?
 - a) Wenn ja, in welcher Höhe?
 - b) Sind alle entsprechenden Einlagen nach Kenntnis der Bundesregierung von der gesetzlichen bzw. privaten Einlagensicherung gedeckt?
 - c) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass Einlagen von Städten bzw. Gemeinden bei der Greensill Bank nicht mehr ausgezahlt werden könnten?

3. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob weitere öffentliche Einrichtungen bei der Greensill Bank Gelder angelegt haben?
 - a) Wenn ja, welche?
 - b) Wenn ja, in welcher Höhe?
 - c) Sind alle entsprechenden Einlagen nach Kenntnis der Bundesregierung von der gesetzlichen bzw. privaten Einlagensicherung gedeckt?
 - d) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass die Einlagen der entsprechenden öffentlichen Einrichtungen nicht mehr ausgezahlt werden könnten?
4. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Höhe der Einlagen bei der Greensill Bank insgesamt?
 - a) Wenn ja, wie hoch sind die Einlagen?
 - b) Sind alle entsprechenden Einlagen nach Kenntnis der Bundesregierung von der gesetzlichen bzw. privaten Einlagensicherung gedeckt?
 - c) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, bei wie vielen Kunden in welcher Höhe die gesetzlichen bzw. privaten Einlagensicherungen nicht die gesamten Einlagen abdecken würden?

Berlin, den 17. März 2021

Christian Lindner und Fraktion